De Gruyter Praxishandbuch

Das Arbeitsrecht der Energiewirtschaft

von RA Dr. Patrick Mückl

1. Auflage

De Gruyter Berlin; New York 2015

Verlag C.H. Beck im Internet: www.beck.de ISBN 978 3 11 033448 7

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis — XXXIII Literaturverzeichnis — XLI

Kapitel 1

Überblick über die Besonderheiten des Arbeitsrechts in der Energiewirtschaft

- A. Energiewirtschaft als regulierte Industrie 1
- B. Sondertarifrecht der Versorgungswirtschaft 4
- Energiewirtschaftliche Betätigung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone 4

Kapitel 2

Arbeitsrechtliche Aspekte der Entflechtung in der Energiewirtschaft

- A. Grundlagen Wer muss entflechten? 5 I. Wesentliche Begriffe — 5 II. Entflechtung (Unbundling) — 10 B. Energiewirtschaft als regulierte Industrie – Bedeutung der BNetzA und der Anreizregulierung — 11 I. Befugnisse der Regulierungsbehörden im Rahmen des Vollzugs der Entflechtungsvorschriften ---- 11 II. Sanktionsmöglichkeiten der Regulierungsbehörden bei Verstößen — 12 III. Anreizregulierung als Regulierungsinstrument — 13 C. Rechtliche Entflechtung - Welches Gestaltungsmodell passt am besten? — 28 I. Rechtsform der Netzgesellschaft — 29 II. Konzernstrukturen und Entflechtung — 32 III. Umfang der rechtlichen Entflechtung von Verteilernetzbetreibern — 33 D. Die operative Entflechtung – Rahmenbedingungen und Lösungsmodelle — 37 Personelle Entflechtung – Grundlagen — 37 II. Gleichbehandlungsprogramm und -beauftragter — 60 III. Unabhängige Entscheidungsgewalt der Netzgesellschaft — 81
 - I. Vorgaben des EnWG 88
 II. Eigentumsrechtliche Entflechtung 88

F. Entflechtung von Transportnetzbetreibern — 87

E. Informatorische Entflechtung — 85

III. Unabhängiger Systembetreiber — 91

IV. Unabhängiger Transportnetzbetreiber — 92 G. Arbeitsrechtliche Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten — 108 I. Betriebsübergang gemäß § 613a BGB — 109 II. Umwandlungsrechtliche Lösungen — 152 III. Betriebsverfassungsrechtliche Herausforderungen — 162 IV. Modellwechsel – Arbeitsrechtliche Wege von der schlanken zur breiten Netzgesellschaft --- 186 V. Grenzen von gemeinsamen Dienstleistungen (Shared-Services) -Was ist zulässig? — 199 VI. Folgen für die Bildung von Aufsichtsräten — 204 VII. Sozialversicherungsrechtliche Fernwirkungen — 210 Kapitel 3 Grundstrukturen und Problemschwerpunkte des Tarifvertrags für Versorgungsbetriebe A. Rechtliche Grundlagen — 213 I. Was ist und welche Bedeutung hat ein Tarifvertrag? — 213 II. Tarifauslegung — 214 III. Die Struktur des TV-V — 215 B. Der Geltungsbereich des TV-V und seine wichtigsten Ausnahmen — 216 I. Die normative Anwendung des TV-V — 216 II. Tarifbindung nach § 1 Abs. 1 und 2 TV-V — 219 III. Im TV-V nicht vorgesehene Gestaltungsmöglichkeiten — 230 C. Anbahnung eines Arbeitsverhältnisses im Geltungsbereich des TV-V — 231 D. Welche Vorgaben gelten für den Arbeitsvertrag? — 232 Tarifliche und gesetzliche Formvorgaben — 232 II. Nebenabreden und betriebliche Übung — 233 E. Welche Vorgaben bestehen für allgemeine Arbeitsbedingungen? — 235 I. Weitgehender Verweis auf das allgemeine Arbeitsrecht — 235 II. Die Pflicht zur Anzeige von Nebentätigkeiten — 235 III. Ärztliche Untersuchungen – was kann der Arbeitgeber verlangen? — 241 Eingruppierung von Mitarbeitern/innen nach dem TV-V — 242 I. Grundlagen der Eingruppierung gemäß § 5 TV-V — 243 II. Die "auszuübende" Tätigkeit als Bestimmungsfaktor der tariflichen Eingruppierung — 246 III. Die "regelmäßig" auszuübende Tätigkeit — 249 IV. Begriff und Bedeutung der "Tätigkeit" i.S.d. TV-V — 249 V. Aufbau der Entgeltordnung – Entgeltgruppen und Tätigkeitsbeispiele — 252

	VI.	Mitbestimmung des Betriebsrats — 276
	VII.	Einstufung innerhalb der Entgeltgruppe — 278
G.	Um	gruppierung und Übertragung höherwertiger Tätigkeiten —— 286
	I.	Höhergruppierung — 286
	II.	Herabgruppierung und Rückgruppierung — 291
	III.	Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 294
	IV.	Höhe der Zulage nach § 5 Abs. 3 S. 2 TV-V —— 297
	٧.	Mitbestimmung des Betriebsrats — 298
Н.	Die	Vergütung nach dem TV-V —— 298
	I.	Systematik der Vergütung nach § 6 TV-V und Anlage 2 TV-V —— 298
	II.	Entgelttabelle nach § 6 Abs. 1 TV-V i.V.m. Anlage 2 TV-V —— 299
	III.	Bemessungszeitraum und Fälligkeit sowie Zahlungsform
		des Entgelts — 300
	IV.	Bemessungsgrundlage der Entgeltfortzahlung — 302
	٧.	Berechnung der Stundenentgelte nach dem TV-V —— 307
	VI.	Leistungsorientiertes Entgelt — 308
l.	Arb	eitszeitregelungen —— 316
	I.	Arbeitszeitbegriff — 317
	II.	Dauer der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit — 318
	III.	Arbeitszeitmodelle nach dem TV-V —— 326
	IV.	Einrichtung des Arbeitszeitkontos — 331
	٧.	Die Öffnungsklausel nach § 8 Abs. 4 TV-V —— 336
	VI.	Sonderformen der Arbeit —— 341
	VII.	Ausgleich für Sonderformen der Arbeit — 353
J.	Aus	wirkungen von Störungen des Arbeitsverhältnisses — 365
	l.	Was gilt bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit? —— 365
	II.	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall — 366
		Wann ist in welcher Höhe ein Krankengeldzuschuss zu gewähren? — 368
		Auswirkungen auf die Sonderzahlung nach § 16 TV-V — 373
K.	Urla	aubsregelungen und Arbeitsbefreiung —— 375
	I.	Entstehung des Urlaubsanspruchs — 376
		Der Anspruch auf Erholungsurlaub —— 377
		Wann besteht ein Anspruch auf Zusatzurlaub? —— 388
		Wann muss Sonderurlaub gewährt werden? —— 389
		Arbeitsbefreiung — 393
L.		endigung von Arbeitsverhältnissen – Welche Vorgaben des TV-V beachtet
	wer	den müssen — 395
	I.	Möglichkeiten zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses — 395
	II.	Welche Vorgaben macht der TV-V? —— 395

Kapitel 4

Arbeits- und Sozialrecht in der Ausschließlichen Wirtschaftszone

- A. Die Ausschließliche Wirtschaftszone nach Art. 55 ff. SRÜ und ihr Rechtsregime —— 412
 - I. Die AWZ 412
 - II. Rechtsgeltung in der AWZ 413
- B. Geltung arbeitsrechtlicher Gesetze in der AWZ 418
 - I. Geltung des Arbeitszeitrechts in der AWZ 418
 - II. Arbeitsschutzrecht 428
 - III. Geltung des Betriebsverfassungsgesetzes Bestehen die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates? 431
 - IV. Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes 438
 - V. Geltung des Sozialversicherungsrechts? 441

Stichwortverzeichnis - 445

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis — XXXIII Literaturverzeichnis — XLI

Kapitel 1

Überblick über die Besonderheiten des Arbeitsrechts in der Energiewirtschaft

- A. Energiewirtschaft als regulierte Industrie 1
- B. Sondertarifrecht der Versorgungswirtschaft 4
- Energiewirtschaftliche Betätigung in der Ausschließlichen Wirtschaftszone 4

Kapitel 2

Arbeitsrechtliche Aspekte der Entflechtung in der Energiewirtschaft

- A. Grundlagen Wer muss entflechten? 5
 - I. Wesentliche Begriffe 5
 - 1. Energieversorgungsunternehmen 6
 - 2. Vertikal integriert 6
 - Verbundene Unternehmen 6
 - 4. Betreiber eines Energieversorgungsnetzes 7
 - Übertragungs- und Fernleitungsnetzbetreiber 8
 - a) Übertragungsnetzbetreiber 8
 - b) Fernleitungsnetzbetreiber 8
 - c) Verteilernetzbetreiber 9
 - II. Entflechtung (Unbundling) 10
- B. Energiewirtschaft als regulierte Industrie Bedeutung der BNetzA und der Anreizregulierung —— 11
 - Befugnisse der Regulierungsbehörden im Rahmen des Vollzugs der Entflechtungsvorschriften — 11
 - II. Sanktionsmöglichkeiten der Regulierungsbehörden bei Verstößen 12
 - III. Anreizregulierung als Regulierungsinstrument 13
 - 1. Was sind Lohnzusatzleistungen i.S.d. § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV? 13
 - a) Orientierung an Gesetzen oder Rechtsverordnungen? 14
 - Negativabgrenzung vom Lohnbegriff des § 87 Abs. 1 Nr. 10
 BetrVG? 14
 - c) Negativabgrenzung zum Begriff "Lohnersatzleistungen" und "Arbeitgeberzuschuss"? 14

			d) Übertragbarkeit der zu § 31 TKG entwickelten Auslegungsgrundsätze? —— 15
			e) "Lohnzusatzleistungen" in der Rechtsprechung — 15
		2.	Auslegung von § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV — 16
			a) Maßgebliche Auslegungsgrundsätze — 16
			b) Wortlaut der Norm — 17
			c) Sinn des § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV und der Ermächtigungsgrund-
			lage — 17
			d) Wille des Normgebers/Praktische Übung — 17
			e) Bewusste Anlehnung an die Differenzierung des Statistischen
			Bundesamtes? —— 18
			f) Übernahme der Begriffsbildung der Tarifparteien? — 19
			g) "Lohnzusatzleistungen" als Typusbegriff —— 20
			h) Bestätigung durch die innere Systematik von § 11 Abs. 2
			Nr. 9 ARegV —— 21
			i) Fazit zum Begriff "Lohnzusatzleistungen" —— 21
		3.	Was sind tarifvertragliche und betriebliche Vereinbarungen? — 22
			a) Tarifvertragliche Vereinbarungen — 22
			aa) Tarifverträge —— 22
			bb) Vertragliche Inbezugnahme von Tarifverträgen —— 22
			b) Betriebliche Regelungen — 23
			aa) Kollektivvereinbarungen der betrieblichen Sozial-
			partner —— 23
			bb) Betriebliche Einheitsregelungen, Gesamtzusagen,
			betriebliche Übung? —— 24
		4.	"Vor" dem 31.12.2008 abgeschlossene Vereinbarungen — 24
		5.	Fazit —— 26
		6.	Auslegung von § 11 Abs. 2 Nr. 9 ARegV durch die BNetzA — 26
c.	Rec	htli	the Entflechtung – Welches Gestaltungsmodell passt am besten? —— 28
	I.	Red	htsform der Netzgesellschaft —— 29
		1.	Gesellschaft mit beschränkter Haftung — 30
			GmbH & Co. KG — 31
		3.	Aktiengesellschaft — 31
			Grundsätzliche Unzulässigkeit eines Eigenbetriebs — 31
	II.	Kor	nzernstrukturen und Entflechtung —— 32
		1.	Tochter-Modell —— 32
		2.	Holding-Modell —— 32
	III.	Um	fang der rechtlichen Entflechtung von Verteilernetzbetreibern — 33
		1.	"Große" oder "breite" Netzgesellschaft mit Eigentumsüber-
			tragung — 33
			a) Einzelrechtsnachfolge bzw. Gesamtrechtsnachfolge — 33
			b) Rahmenbedingungen — 34

		2.		oße" oder "breite" Netzgesellschaft ohne Eigentumsübertragung chtmodell I) —— 34
		3.		eine" oder "schlanke" Netzgesellschaft (Pachtmodell II) —— 35
		ر 4.		hrspartennetzgesellschaft — 36
		5 .		meinsame Netzgesellschaft mehrerer EVU — 36
D.	Dia			ve Entflechtung – Rahmenbedingungen und Lösungsmodelle — 37
υ.	l.	•		elle Entflechtung – Grundlagen — 37
	١.	1.		croffener Personenkreis — 38
		1.	a)	Leitungspersonen und Letztentscheider — 38
			u)	aa) Personen mit Leitungsaufgaben — 38
				bb) Personen mit Letztentscheidungsbefugnis — 40
			h)	Entbehrlichkeit einer Zuordnung zu den beiden Alternativen — 41
		2.		setzliche Vorgaben für die Ausgestaltung des Beschäftigungs-
				hältnisses — 42
				Vorgaben nach § 7a Abs. 2 Nr. 1 EnWG —— 42
			۵,	aa) Zuordnungsvorgaben für Netzmitarbeiter —— 42
				bb) Energiewirtschaftliche und arbeitsrechtliche Qualifikation von
				"betrieblichen Einrichtungen" — 43
				cc) "Angehörigkeit" einer mit Netzaufgaben befassten
				Person — 44
				dd) Berufliche Handlungsunabhängigkeit —— 45
				ee) Zweck der Regelung — 46
			b)	Vorgaben für mit sonstigen Aufgaben des Netzbetriebs betraute
				Personen — 47
		3.	Rec	chtliche Sanktionen bei Verstoß gegen § 7a Abs. 3 EnWG —— 48
			a)	Nichtigkeit von Maßnahmen gemäß § 134 BGB —— 49
			b)	Schadensersatzanspruch —— 49
		4.	Aus	sgestaltung von Anstellungsverträgen —— 51
			a)	Ausgangspunkt 1: Verbot von Doppelfunktionen — 51
			b)	Ausgangspunkt 2: Berufliche Handlungsunabhängigkeit — 52
				aa) Beendigung des Anstellungsverhältnisses und Vertrags-
				laufzeit —— 52
				bb) Kündigungsbeschränkungen bei Vorstandsmitgliedern — 53
				cc) Kündigungsbeschränkungen bei Geschäftsführern — 53
			c)	Vergütungsstruktur —— 54
			d)	Ausgestaltung von Rückkehrzusagen — 55
			e)	Ruhendes Arbeitsverhältnis — 56
			f)	Vereinbarung der Geltung des KSchG als Gestaltungs-
				alternative? — 57
			g)	Übergangsgeld als Gestaltungsvariante — 58
		5.		perufung von Geschäftsleitungsorganen — 58
			a)	AG — 59

II.

	b)	GmbH —— 60			
Gle	icht	oehandlungsprogramm und -beauftragter —— 60			
1.	Wer muss ein Gleichbehandlungsprogramm aufstellen? — 61				
2.	Zwingender Mindestinhalt des Gleichbehandlungsprogramms — 62				
	a)	Verschwiegenheitsklausel — 62			
	b)	Diskriminierungsverbot — 62			
	c)	Sanktionsklausel —— 63			
3.	Arb	peitsrechtliche Auswirkungen der Vorgaben zum Gleich-			
	bel	handlungsprogramm —— 63			
	a)	Möglichkeiten zur Implementierung eines Gleich-			
		behandlungsprogramms —— 63			
	b)	§ 7a Abs. 5 EnWG als Ermächtigungsnorm —— 64			
	c)	Rechtstechnische Möglichkeiten der Implementierung — 64			
	d)	Kompetenzen des Arbeitgebers kraft Direktionsrechts — 65			
		aa) Verschwiegenheitsklauseln — 66			
		bb) Diskriminierungsverbot — 67			
		cc) Sanktionsklauseln — 68			
	e)	Ausübungskontrolle —— 69			
4.	Exk	kurs: Bekanntmachung des Gleichbehandlungsprogramms — 69			
5.		bestimmungsrecht des Betriebsrats bei der Ausgestaltung des			
	Gle	eichbehandlungsprogramms —— 69			
	a)	•			
	b)	Mitbestimmungspflichtiger Gestaltungsspielraum hinsichtlich der			
		Ausgestaltung — 70			
		aa) Kein Mitbestimmungsrecht bezüglich Konkretisierung der			
		Arbeitspflicht —— 71			
		bb) Mitbestimmungspflichtigkeit von Regelungen zur betrieblichen			
		Ordnung — 71			
		cc) Mitbestimmungspflichtigkeit nach § 87 Abs. 1 Nr. 6			
		BetrVG —— 74			
		dd) Auswirkung einer teilweisen Mitbestimmungspflichtig-			
		keit — 75			
		ee) Keine Sperre durch das Günstigkeitsprinzip — 75			
	c)	Gestaltungsmöglichkeiten hinsichtlich des zu beteiligenden			
		Gremiums — 76			
		aa) Grundsatz: Entscheidungsfreiheit — 76			
		bb) Einbindung des falschen Gremiums — 77			
6.		itere arbeitsrechtliche Aspekte bei der Einführung eines			
		eichbehandlungsprogramms — 79			
	a)	Gleichbehandlungsbeauftragter — 79			
		aa) Zuweisung der Aufgaben eines Gleichbehandlungs-			
		beauftragten als Versetzung — 79			

				bb) Kein Sonderkündigungsschutz für Gleichbehandlungs-
				beauftragte — 79
			b)	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats — 80
				aa) Beendigung von Arbeitsverhältnissen — 80
				bb) Versetzung durch Tätigkeit als Gleichbehandlungsbeauf-
				tragter —— 80
				cc) Schulungen zum Gleichbehandlungsprogramm — 81
	III.	Una	abhä	ngige Entscheidungsgewalt der Netzgesellschaft —— 81
		1.	Ent	scheidungsunabhängigkeit als Grundsatz —— 82
		2.	Wa	hrnehmung der wirtschaftlichen Befugnisse und Aufsichtsrechte
			dur	ch das EVU —— 83
E.	Info	orma	tori	sche Entflechtung —— 85
F.	Ent	flecl	ntun	g von Transportnetzbetreibern —— 87
	I.	loV	gab	en des EnWG — 88
	II.	Eig	entu	msrechtliche Entflechtung —— 88
		1.	Eig	entumstrennung —— 89
		2.		schluss von Kontrollmöglichkeiten — 89
		3.		stattung des ETB —— 89
				bot von Informationsweitergabe und Personalübergang — 90
				ngiger Systembetreiber —— 91
	IV.	Una		ngiger Transportnetzbetreiber —— 92
		1.		antwortungserweiterung des UTB —— 92
		2.	Ein	zelne Entflechtungsvorgaben —— 92
			a)	Vorgaben nach § 10a EnWG —— 92
				aa) Eigentum an Vermögenswerten — 93
				bb) Personelle Entflechtung — 94
				cc) Grundsätzlicher Ausschluss von Dienstleistungen — 94
				dd) Außenauftritt — 95
				ee) Verbot gemeinsamer IT (Soft- und Hardware sowie
				IT-Auftragnehmer) —— 95
				ff) Räumliche Trennung von UTB und EVU — 97
				gg) Vorgaben für die Wirtschaftsprüfung — 97
			b)	Finanzielle und organschaftliche Unabhängigkeit — 97
				aa) Finanzielle Unabhängigkeit — 98
				bb) Gesellschaftsrechtliche Entflechtung
				Teil I/Einflussnahmeverbote — 99
				cc) Gesellschaftsrechtliche Entflechtung Teil II — 99
				dd) Ausgestaltung von finanziellen und kommerziellen
				Beziehungen — 99
				ee) Organschaftliche Haftung von Organmitgliedern
			داء	des EVU —— 100 Personelle Entflechtung —— 100
			c)	reisonette Entitechtung — 100

lem						
_						
5						
•						
<u> </u>						
rechtliche Herausforderungen und Gestaltungsmöglichkeiten — 108 triebsübergang gemäß § 613a BGB — 109						
rung						
1-						
bene beim						
vesent-						
114						
- 114						
— 115						
en — 116						
19						
n						
5 i						

i)	Änderung des Betriebszwecks oder der Betriebs-
:)	organisation —— 120
j)	Keine Betriebsidentität bei Ablehnung von Angeboten des potentiellen Erwerbers —— 121
ly.	
k)	Übergang durch Rechtsgeschäft — 122
	onderheiten bei Leitungspersonen und Letztent-
	eidern? —— 123
тур	ische Fallkonstellationen — 124
	aa) Kleine Lösung (Pachtmodell) — 124
	bb) Kein Betriebsübergang in Bezug auf Mitarbeiter des EVU bei Wahl der "kleinen Lösung" — 125
	cc) Konzessionswechsel — 126
	dd) Große Lösung — 127
	ee) Mehrspartennetzgesellschaft — 128
	ff) Gemeinsame Netzgesellschaft mehrerer EVU — 128
	gg) Besonderheiten bei Beendigung eines befristeten
	Pachtvertrags ohne unmittelbaren Anschlusspächter — 129
Rec	htsfolgen eines Betriebsübergangs —— 131
a)	Übergang von Arbeitsverhältnissen —— 131
	aa) Besonderheiten in der Energiewirtschaft — 131
	bb) Zuordnung von Mitarbeitern im Zusammenhang mit
	§ 613a BGB — 131
b)	Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers — 133
	aa) Besonderheiten für Leitungspersonen und Letzt-
	entscheider? —— 133
	bb) Widerspruch als "Risikogeschäft" für den
	Arbeitnehmer —— 134
	cc) Exkurs: Anrechnung anderweitigen Verdienstes als
	Gestaltungsmöglichkeit zur faktischen Verhinderung von
	Widersprüchen —— 135
c)	Haftung nach § 613a BGB — 136
d)	Konsequenzen des Betriebsübergangs für arbeitsvertragliche
	Rechte und Pflichten — 138
	aa) Einbeziehung von Arbeitsvertrag, betrieblicher Übung und
	Gesamtzusage —— 138
	bb) Anrechnung der Betriebszugehörigkeit —— 138
	cc) Übernahme einzelvertraglicher Rechte und Pflichten — 138
e)	Kollektivvertragliche Konsequenzen eines Betriebs-
	übergangs — 139
	aa) Rechtsfolgen bei gesetzlicher Tarifbindung — 139
	bb) Rechtsfolgen für Arbeitnehmer mit Bezugnahmeklausel
	im Arbeitsvertrag —— 146

4.

5.

6.

			cc) Inkrafttreten eines Tarifvertrags nach Betriebs- übergang —— 148
		f)	Ablösung einer Betriebsvereinbarung nach Betriebsübergang durch
			Betriebsvereinbarung — 149
		g)	Kündigungsrechtliche Folgen eines Betriebsübergangs — 149
			aa) Teleologische Reduktion von § 1 Abs. 3 KSchG? —— 150
			bb) Nichterforderlichkeit einer Sozialauswahl? —— 150
			cc) Berücksichtigung der Gründe für den Widerspruch im Rahmen
			der Sozialauswahl? —— 150
			dd) Richtiger Ansatz: Allgemeine Grundsätze —— 151
II.	Um	wan	dlungsrechtliche Lösungen —— 152
	1.		wandlungsmöglichkeiten nach dem UmwG —— 152
	2.	-	altungsarten und besondere Vorgaben für Spaltungen —— 153
			Aufspaltung —— 153
			Abspaltung — 154
		-	Ausgliederung — 154
			schmelzung — 155
	4.		vachsung —— 155
	5.		ksamwerden der Umwandlung — 155
	6.		eitsrechtliche Wirkung von Umwandlungen im Überblick — 156
		a)	Betriebsübergang — 156
			aa) Rechtsgrundverweisung — 156
			bb) Bewertung von Spaltungen — 156
			cc) Bewertung einer Verschmelzung — 157
			dd) Rechtsfolgen eines umwandlungsbedingten Betriebs- übergangs — 157
		b)	Differenzierung zwischen Unternehmens- und Betriebs-
			ebene —— 161
			aa) Keine Veränderung betrieblicher Strukturen — 161
			bb) Umwandlung in Verbindung mit einer Betriebs-
			änderung — 162
		c)	Informationspflichten gegenüber Arbeitnehmer-
			vertretern —— 162
III.			sverfassungsrechtliche Herausforderungen —— 163
	1.	Ger	neinschaftsbetrieb im arbeitsrechtlichen Sinne —— 163
		a)	
			Sinn? — 163
			aa) Betriebsbegriff — 163
			bb) Gemeinschaftsbetrieb — 164
		b)	Energiewirtschaftsrechtliche Vorgaben — 164
			aa) Vorgaben nach § 7a Abs. 2 Nr. 1 EnWG — 164
			bb) Vorgaben des § 7a Abs. 2 Nr. 2 EnWG —— 169

cc) Organisatorische Vorgaben des § 7a Abs. 4 EnWG — 171 dd) Informatorische Entflechtung — 172 2. Fiktiver Gemeinschaftsbetrieb als zulässige Gestaltungsform? — 173 a) Bisherige praktische Bedeutung — 173 b) Vereinbarungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG als (theoretische) Gestaltungsmöglichkeit — 174 c) Vereinbarkeit mit energiewirtschaftsrechtlichen Vorgaben? — 174 d) Nichtvorliegen der Vorgaben des § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG — 176 aa) Voraussetzungen nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 BetrVG — 177 bb) Nichterfüllung durch bloßes Ziel der Strukturbeibehaltung — 180 e) Folgen für fehlerhaft gebildete Betriebsräte — 180 3. Übergangsmandat des Betriebsrats — 182 a) Energiewirtschaftsrechtliche Bedenken — 182 b) Zulässigkeit infolge Zuständigkeitstrennung — 182 c) Übergangsmandat für Letztentscheider? — 182 4. Zulässigkeit der Bildung eines Konzernbetriebsrats? — 183 a) Kein Verstoß gegen § 7a Abs. 3 EnWG — 183 b) Verstoß gegen § 7a Abs. 2 Nr. 1 EnWG? — 184 c) Verstoß gegen § 7a Abs. 4 EnWG? — 185 IV. Modellwechsel – Arbeitsrechtliche Wege von der schlanken zur breiten Netzgesellschaft — 185 Motivationen für einen Modellwechsel — 186 a) Anreizregulierung — 186 aa) Pacht- und Dienstleistungsmodell oder "schlanke" Netzgesellschaft — 186 bb) Breite Netzgesellschaft ohne Eigentumsübertragung — 186 cc) Breite Netzgesellschaft mit Eigentumsübertragung — 187 dd) Fernwirkungen für die Entflechtungsvorgaben — 187 b) Neue Vorgaben für die Arbeitnehmerüberlassung — 187 2. Wege zur Bewahrung der Effizienzneutralität von Personalkosten — 188 a) Ausgangsdilemma - kein Betriebsübergang durch bloße Netzübertragung — 188 aa) Netzbetrieb durch die Netzgesellschaft als Hinderungsgrund für einen betriebsmittelintensiven Betriebsübergang — 189 bb) "Psychologischer" Gesichtspunkt: Überzeugungsaufwand — 189 b) Lösungsmodelle — 189 aa) Lösungsmodell 1 — 190 bb) Lösungsmodell 2 — 191 cc) Lösungsmodell 3 — 191

			dd) Lösungsmodell 4 —— 192
			ee) Lösungsmodell 5 — 193
			ff) Lösungsmodell 6 — 194
		c)	
	3.	Ein	Gemeinschaftsbetrieb als Mittel zur "Rettung" der schlanken
			zgesellschaft? — 196
	4.		mdpersonaleinsatz bei der Netzgesellschaft —— 197
		a)	
		b)	
			Dienst- und Werkvertrag — 198
		c)	Keine energiewirtschaftsrechtlichen Besonderheiten — 198
		d)	_
			schaft — 199
٧.	Gre	nzei	n von gemeinsamen Dienstleistungen (Shared-Services) –
			zulässig? —— 199
	1.		riebswirtschaftlicher Hintergrund — 199
	2.		xisrelevante Gestaltungsmodelle —— 200
	3.		ergiewirtschaftsrechtliche Grenzen —— 201
		a)	-
		b)	
		c)	Besondere Vorgaben für Übertragungs- und Fernleitungsnetz-
		,	betreiber — 202
		d)	Vorgaben zur informationellen Entflechtung — 202
VI.	Fol		für die Bildung von Aufsichtsräten — 203
	1.		nzernzurechnung von Mitarbeitern der Netzgesellschaft
			n EVU —— 204
		a)	Unternehmensmitbestimmung nach dem DrittelbG — 204
			aa) Konzernzurechnung — 204
			bb) Wahlrecht —— 204
		b)	Unternehmensmitbestimmung nach dem MitbestG — 205
		,	aa) Zurechnung von Mitarbeitern nach § 5 MitbestG — 205
			bb) Keine Einschränkung durch energiewirtschaftsrechtliche
			Vorgaben —— 205
		c)	Unternehmensmitbestimmung nach dem Montan-MitbestG — 207
	2.	•	setzung des Aufsichtsrats — 208
			Aufsichtsrat des EVUs — 208
			Aufsichtsrat der Netzgesellschaft — 209
VII.	Soz	-	ersicherungsrechtliche Fernwirkungen — 209
	1.		zialversicherungsrechtliche Selbständigkeit aufgrund
			flechtung? — 210
	2.		ßgeblichkeit des konkret gelebten Beschäftigungsver-
			tnisses — 211

Kapitel 3

Grundstrukturen und Problemschwerpunkte des Tarifvertrags für Versorgungsbetriebe

- A. Rechtliche Grundlagen 213 Was ist und welche Bedeutung hat ein Tarifvertrag? — 213 Privatrechtlicher Vertrag — 213 2. Mögliche Parteien eines Tarifvertrags — 213 Formale und inhaltliche Anforderungen — 214 4. Arten von Tarifverträgen — 214 Einordnung des TV-V — 214 II. Tarifauslegung — 214 III. Die Struktur des TV-V - 215 B. Der Geltungsbereich des TV-V und seine wichtigsten Ausnahmen — 216 Die normative Anwendung des TV-V — 216 Unterscheide Tarifbindung und Tarifgeltung — 216 2. Unmittelbare und zwingende Geltung — 217 3. Tarifpluralität und Tarifkonkurrenz — 217 a) Tarifpluralität — 218 b) Tarifkonkurrenz — 218 II. Tarifbindung nach § 1 Abs. 1 und 2 TV-V — 219 Anwendungsvoraussetzungen nach § 1 Abs. 1 TV-V — 220 a) Rechtlich selbständiger Versorgungsbetrieb — 220 aa) Was bedeutet rechtlich selbständig? — 221 bb) Was ist ein Versorgungsbetrieb? — 221 cc) Zahl der Arbeitnehmer in den Bereichen Energie- und/ oder Wasserversorgung einschließlich zugehöriger Dienstleistungen — 222 dd) Sonderregeln im Fall der Einbindung in einen Konzern — 223 ee) Art des Betriebs - Ausgrenzung öffentlich-rechtlicher Rechtsträger — 224 ff) Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 S. 1 BetrVG — 225 b) In der Regel mehr als 20 "wahlberechtigte Arbeitnehmer" — 226 c) Mitgliedschaft in Arbeitgeberverband, der VKA angehört — 226 2. Anwendungserhaltung bei Wegfall der Voraussetzungen — 226 3. Herausnahmen nach § 1 Abs. 3, 4 TV-V —— 227 a) Herausnahme bestimmter Arbeitnehmergruppen — 227 b) Ausgrenzung der Arbeitsrechtlichen Vereinigung Hamburg e.V. — 228
 - Anwendung des TV-V auf der Grundlage eines landesbezirklichen Tarifvertrags — 228

C. D.

E.

F.

		a) Gestaltungsspielraum: Anwendung oder Herausnahme
		von Betrieben —— 228
		b) Formale Voraussetzungen — 229
		c) Hinweinwachsen in den TV-V —— 229
III.	lm	TV-V nicht vorgesehene Gestaltungsmöglichkeiten —— 230
	1.	Firmentarifvertrag —— 230
	2.	Arbeitsvertragliche Inbezugnahme —— 230
Anl	oahr	ung eines Arbeitsverhältnisses im Geltungsbereich des TV-V —— 231
We	lche	Vorgaben gelten für den Arbeitsvertrag? —— 232
l.	Tar	fliche und gesetzliche Formvorgaben —— 232
II.	Nel	enabreden und betriebliche Übung —— 233
	1.	Schriftformerfordernis für Nebenabreden — 233
	2.	$Schrift former fordern is \ hinsichtlich \ Probezeit vereinbarungen {\bf 234}$
	3.	Flexibilisierung von Nebenabreden durch den TV-V —— 234
We	lche	Vorgaben bestehen für allgemeine Arbeitsbedingungen? —— 235
l.	We	tgehender Verweis auf das allgemeine Arbeitsrecht —— 235
II.	Die	Pflicht zur Anzeige von Nebentätigkeiten —— 235
	1.	Anzeigepflicht bezüglich entgeltlicher Nebentätigkeit — 236
		a) Nebentätigkeit — 236
		b) Entgeltlichkeit der Nebentätigkeit — 237
	2.	Inhalt der Anzeigepflicht des Arbeitnehmers — 238
	3.	Untersagungsrecht des Arbeitgebers — 238
	4.	Verstoß gegen die Anzeigepflicht — 239
	5.	Abgrenzung zum verbotenen Wettbewerb —— 239
III.	Ärz	tliche Untersuchungen – was kann der Arbeitgeber verlangen? —— 241
	1.	Allgemeine Grenzen der Mitwirkungspflicht bei ärztlichen
		Untersuchungen —— 241
	2.	Umsetzung durch den TV-V —— 241
	3.	Zulässiger Vertrauensarzt — 242
Ein	grup	pierung von Mitarbeitern/innen nach dem TV-V —— 242
I.	Gru	ndlagen der Eingruppierung gemäß § 5 TV-V —— 243
	1.	Was ist eine Eingruppierung? — 243
	2.	Abgrenzung zur Umgruppierung — 244
	3.	Bedeutung der Eingruppierung — 244
	4.	Grundsatz der Tarifautomatik — 244
	5.	Für die Eingruppierung irrelevante Faktoren — 246
II.	Die	"auszuübende" Tätigkeit als Bestimmungsfaktor der tariflichen
		gruppierung — 246
	1.	Die wirksam zugewiesene Tätigkeit —— 247
	2.	Veränderung der Tätigkeit des Arbeitnehmers ohne Mitwirkung
		des Arbeitgebers — 248
III.	Die	"regelmäßig" auszuübende Tätigkeit — 249

IV.	Beg	griff und Bedeutung der "Tätigkeit" i.S.d. TV-V —— 249			
	1.	Maßgeblichkeit der gesamten Tätigkeit — 249			
	2.	Begriffsbestimmung — 250			
	3.	Erforderliche Schritte —— 251			
٧.		bau der Entgeltordnung – Entgeltgruppen und Tätigkeits-			
		spiele —— 252			
	1.	Systematik der Anlage 1 zum TV-V —— 253			
		a) Anforderungsgruppen —— 253			
		b) Der "sonstige" Arbeitnehmer —— 255			
	2.	Die Vorbemerkungen zur Anlage 1 zum TV-V —— 256			
		a) Bedeutung der Oberbegriffe und Tätigkeitsbeispiele — 256			
		b) Gleichwertigkeit der Oberbegriffe in einer Entgeltgruppe — 258			
		c) Vereinbarung weiterer Tätigkeitsbeispiele — 258			
		d) Eingruppierung der Vorarbeiter und Vorhandwerker — 258			
	3.	Die Entgeltgruppen im Einzelnen — 259			
		a) Entgeltgruppenaufbau im TV-V — 259			
		b) Anforderungsgruppe 1 (EG 1-4) —— 259			
		aa) EG 1 —— 259			
		bb) EG 2 — 261 cc) EG 3 — 261			
		cc) EG 3 — 261			
		dd) EG 4—— 262			
		c) Anforderungsgruppe 2 (EG 5-8) — 263			
		aa) EG 5 — 263			
		bb) EG 6 — 264			
		cc) EG 7 — 267			
		dd) EG 8 —— 267			
		d) Anforderungsgruppe 3 (EG 9 und 10) —— 269			
		aa) EG 9 —— 270			
		bb) EG 10 —— 271			
		e) Anforderungsgruppe 4 (EG 11–15) —— 273			
		aa) EG 11 —— 273			
		bb) EG 12 —— 273			
		cc) EG 13 —— 274			
		dd) EG 14 —— 274			
		ee) EG 15 —— 274			
	4.	Ergänzung der Anlage 1 durch landesbezirklichen Tarifvertrag			
		in NRW —— 275			
VI.		bestimmung des Betriebsrats — 276			
	1.	Beteiligung des Betriebsrats bei Eingruppierungen — 276			
	2.	Vorgaben des TV-V —— 277			

b) Umfang des Mitbestimmungsrechts — 277

a) Mitbestimmungsrecht trotz Tarifautomatik —— 277

G.

			aa) Erstreckung auf Stufenzuordnung — 277		
			bb) Förderliche Zeiten — 278		
VII.	I. Einstufung innerhalb der Entgeltgruppe — 278				
	1.	-	stematik der Einstufung — 279		
	2.		gelfall der Ein- und Höherstufung — 279		
	3.		snahmefälle — 281		
		a)	Berücksichtigung förderlicher Zeiten — 281		
			aa) Kennzeichnung "förderlicher" Zeiten — 282		
			bb) Richtiger Umgang mit Restlaufzeiten — 282		
			cc) Ermessensspielraum des Arbeitgebers — 283		
		b)	Über- bzw. unterdurchschnittliche Leistungen — 283		
			aa) Überdurchschnittliche Leistungen —— 284		
			bb) Unterdurchschnittliche Leistungen —— 285		
	4.		bestimmung — 285		
Um			rung und Übertragung höherwertiger Tätigkeiten —— 286		
I.	Höl		ruppierung —— 286		
	1.	Urs	achen für eine Höhergruppierung —— 286		
		a)	Zuweisung einer höherwertigen Tätigkeit durch den Arbeit-		
			geber —— 286		
		b)	Hineinwachsen in eine höherwertige Tätigkeit ohne Handeln des		
			Arbeitgebers — 286		
		c)	Die nicht billigem Ermessen entsprechende vorübergehende		
			Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 286		
		d)	Die falsche Eingruppierung des Arbeitnehmers —— 287		
	2.		nspruch" auf Höhergruppierung außerhalb der		
		Tar	ifautomatik —— 287		
		a)	Vertragliche Vereinbarung — 287		
		b)	Anspruch aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz — 287		
		c)	Schadensersatzanspruch — 289		
	3.	Ein	stufung bei Höhergruppierung —— 289		
II.	Hei	rabg	ruppierung und Rückgruppierung —— 291		
	1.	Her	rabgruppierung durch Zuweisung einer geringer zu bewertenden		
		Tät	igkeit — 291		
	2.	Her	abgruppierung infolge einer Veränderung der Wertigkeit der		
		Tät	igkeit ohne Übertragung —— 291		
	3.	Kor	rigierende Rückgruppierung —— 292		
	4.	Ein	stufung bei Herabgruppierung —— 293		
III.	Vor	rübe	rgehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit —— 294		
	1.	Vor	aussetzung und Zulässigkeit einer vorübergehenden Übertragung		
			er höherwertigen Tätigkeit —— 294		
		a)	Doppelte Billigkeitsprüfung — 294		
		b)	Mehrmalige Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit — 296		

	2. Form der Übertragung — 296						
IV.	Höhe der Zulage nach § 5 Abs. 3 S. 2 TV-V —— 297						
٧.	Mitbestimmung des Betriebsrats — 298						
Die	Ver	gütu	ng nach dem TV-V —— 298				
ı.	Systematik der Vergütung nach § 6 TV-V und Anlage 2 TV-V —— 298						
II.							
III.	Bemessungszeitraum und Fälligkeit sowie Zahlungsform						
	des Entgelts — 300						
	1.		Bemessungszeitraum — 300				
		a)					
		b)					
		,	aa) Grundsatz — 301				
			bb) Ausnahme —— 301				
	2.	Fäll	ligkeit und Auszahlung des Entgeltes — 301				
		a)					
		b)	Auszahlung — 302				
IV.	Ber		sungsgrundlage der Entgeltfortzahlung — 302				
	1.	Fäl	le der Entgeltfortzahlungsregelung — 302				
	2.	Ber	emessungsgrundlage der Entgeltfortzahlung —— 303				
		a)	Tarifliche Entgelte — 303				
		b)	Volle Kalendermonate —— 303				
		c)	Berechnung des Drei-Monats-Durchschnitts — 304				
			aa) Sonderfälle des Berechnungszeitraums — 304				
			bb) Berücksichtigung der Zeit — 305				
	3.	Aus	sgenommene Entgeltbestandteile —— 305				
		a)	Überstundenentgelte — 306				
		b)	Zusätzliche entlohnte Arbeitsstunden ohne Überstundencharakter				
			i.S.d. TV-V —— 306				
٧.	Berechnung der Stundenentgelte nach dem TV-V —— 307						
	 Hintergrund f ür die geregelte Wochenanzahl — 307 						
	2.	Erre	echnung der monatlichen Stundenzahl —— 307				
	Ermittlung der Stundenvergütung — 307						
VI.	Leistungsorientiertes Entgelt — 308						
	 Gestaltungsmöglichkeiten nach dem TV-V — 308 						
	2.		währung von Leistungszulagen —— 309				
		a)	Voraussetzungen für die Gewährung von Leistungszulagen — 309				
			aa) Arbeitsqualität und Arbeitsquantität (Kriterien des Leistungs-				
			grades) —— 309				
			bb) Erheblich über dem Durchschnitt liegende Leistungen — 310				
			cc) Wirtschaftlicher Erfolg des "Betriebes" — 312				
			dd) Jederzeit und widerrufliche Gewährung —— 313				
		b)	Entwicklung eines hetriehlichen Systems — 314				

Н.

ı.

			Kommission —— 314		
			aa) Zuständigkeit der betrieblichen Kommission — 314		
			bb) Zusammensetzung der betrieblichen Kommission — 315		
	3.	Lei	stungsprämien wegen besonderer Zielerreichungen —— 315		
	4.	4. Keine Zusatzversorgungspflicht —— 316			
	5.	Mit	bestimmungsrechte des Betriebsrates nach dem BetrVG — 316		
Arb	eits	zeitr	regelungen —— 316		
l.	Arb	eits	zeitbegriff — 317		
II.	Daı	uer c	ler durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit —— 318		
	1.	Ver	teilung der Arbeitszeit —— 319		
		a)	Ausgleichszeitraum —— 319		
		b)	Verteilung auf Wochentage —— 320		
	2.	Rul	nepausen —— 321		
			Vorgaben im ArbZG —— 321		
		b)	Pausenbegriff — 321		
	3.	Tei	zeit — 322		
		a)	Praktische Bedeutung — 322		
		b)	Voraussetzungen des Teilzeitanspruchs — 323		
			aa) Allgemeine Voraussetzungen — 323		
			bb) Besondere Voraussetzungen nach der Protokollnotiz — 324		
		c)			
			Vergleichsentgeltermittlung für Teilzeit-Arbeitnehmer — 325		
III.	Arb	Arbeitszeitmodelle nach dem TV-V —— 326			
	1.		te Arbeitszeit —— 326		
	2.		nstpläne und schwankende Arbeitszeiten —— 326		
	3.		itzeit/Vertrauensarbeitszeit —— 327		
	4.		eitszeitkorridor — 327		
			Wirtschaftliche Bedeutung — 328		
			Voraussetzungen für die Einführung — 328		
	5.		nmenzeit — 329		
			Wirtschaftliche Bedeutung — 330		
			Gestaltungsspielraum —— 330		
			Voraussetzungen — 330		
IV.	Einrichtung des Arbeitszeitkontos — 331				
	1.		pflichtung zur Einrichtung eines Arbeitszeitkontos bei Arbeitszeit-		
		_	ridor oder Rahmenzeit —— 331		
		a)	Hintergrund — 331		
		b)	Erforderlichkeit eines Arbeitszeitkontos — 331		
	2.		alt der Betriebs- oder Dienstvereinbarung — 332		
		a)	Fehlende Erzwingbarkeit — 332		
		b)	Gestaltungsspielraum — 333		

c) Zusammensetzung und Zuständigkeit der betrieblichen

			aa) Räumlicher Geltungsbereich —— 333		
			bb) Zeitguthaben und Zeitschuld —— 333		
			cc) Grenzen von Ansprüchen der Arbeitnehmer — 333		
			dd) Gestaltungsspielraum des Arbeitgebers — 334		
			ee) Folgen eines kurzfristigen Widerrufs — 334		
	3.	Bu	chbare Zeiten —— 335		
	4.	Arb	eitsunfähigkeit während eines gewährten Zeitausgleichs — 335		
	5.	Kei	ne Vorgaben zu Langzeitkonten —— 335		
٧.	Die	Öff	nungsklausel nach § 8 Abs. 4 TV-V —— 336		
	1.	Ers	treckung auf nicht tarifgebundene Arbeitnehmer —— 336		
	2.	Bet	triebs- und Dienstvereinbarung —— 337		
	3.	Ab۱	weichung nur bei dringenden betrieblichen Gründen —— 337		
	4. Die Abweichungsmöglichkeiten im Einzelnen — 338				
VI.	Sor	nder	formen der Arbeit —— 341		
	1.	Vei	rpflichtung zu Sonderformen der Arbeit — 341		
	2.	Die	einzelnen Sonderformen der Arbeit —— 341		
		a)	Sonn- und Feiertagsarbeit —— 341		
			aa) Arbeitsschutzrechtliche Grenzen der Gestaltungs-		
			freizeit —— 341		
			bb) Entgeltfortzahlung an Feiertagen — 342		
			cc) Dienstplangestaltung an Feiertagen — 342		
			dd) Sonderregelungen für Vorfesttage — 343		
		b)	Nachtarbeit —— 343		
		c)	Wechselschichtarbeit — 344		
			aa) Begriff —— 344		
			bb) Folgen einer Qualifikation als Wechselschichtarbeit für die		
			betriebliche Praxis —— 345		
		d)	Schichtarbeit — 345		
		e)	Mehrarbeit —— 347		
		f)	Überstunden — 347		
			aa) Grundsätzliche Überstundenregelung — 347		
			bb) Abweichende Überstundenregelung —— 348		
		g)	Bereitschaftsdienst —— 350		
		h)	Rufbereitschaft —— 351		
VII.	Ausgle		ich für Sonderformen der Arbeit —— 353		
	1.		Zeitzuschläge —— 353		
		a)	Verhältnis zum Entgelt —— 353		
		b)	Höhe der Zuschläge —— 353		
		c)	Zahlung "je Stunde" —— 354		
		d)	Sonderregelung für Mehrarbeit —— 354		
			aa) Klarstellungsfunktion —— 355		
			bb) Bedeutung für die betriebliche Praxis —— 355		

J.

		e)	Zusammentreffen mehrerer Zeitzuschläge — 355		
		f)	Umwandlung von Zuschlägen in Zeit — 357		
			aa) Berechnung — 357		
			bb) Voraussetzungen einer Umwandlung — 358		
		g)	Irrtümliche Entrichtung von Zuschlägen — 358		
	2.	Rufbereitschaft — 359			
		a)	Vergütungsstruktur und Zusammensetzung — 359		
		b)	Die Rufbereitschaftspauschale —— 359		
		c)	Arbeitsabruf während der Rufbereitschaft — 360		
		d)	Umbuchung auf ein Arbeitszeitkonto — 360		
		e)	Stundenweise Rufbereitschaft — 361		
	3.	Ber	reitschaftsdienst — 361		
	4.	Schichtzulagen bei Wechselschicht- und Schichtarbeit — 361			
		a)	Differenzierung nach Arten der Wechselschicht- und		
			Schichtarbeit — 361		
		b)	Differenzierung nach Dauer der Wechselschicht- und		
			Schichtarbeit — 363		
		c)	Kennzeichnung "ständiger" und "nicht ständiger" Wechselschicht-		
			bzw. Schichtarbeit — 363		
			aa) Ständige Wechselschicht- und Schichtarbeit — 363		
			bb) "Leisten" von Wechselschicht- und Schichtarbeit — 364		
			cc) "Nicht ständige" Wechselschicht- bzw. Schicht-		
			arbeit —— 365		
		d)	Anbindung an die Tarifentwicklung — 365		
Aus	wirk	cung	gen von Störungen des Arbeitsverhältnisses — 365		
l.	Wa	s gil	t bei Arbeitsunfähigkeit infolge Krankheit? —— 365		
II.	Ent	gelt	fortzahlung im Krankheitsfall —— 366		
III.	Wa	nn is	st in welcher Höhe ein Krankengeldzuschuss zu gewähren? — 368		
	1.	Ans	spruch auf Krankengeldzuschuss —— 368		
		a)	Anspruchsvoraussetzungen — 368		
	2.	Ber	rechnung der Anspruchshöhe —— 368		
		a)	Nettokrankengeld —— 368		
		b)	Nettoarbeitsentgelt — 368		
		c)	Privat Versicherte — 369		
	3.	Soz	zialversicherungsrechtliche Besonderheiten —— 369		
	4.	Ans	spruchsdauer —— 370		
		a)	Grundsatz — 370		
		b)	Beendigung des Arbeitsverhältnisses — 370		
			aa) Krankengeldzuschuss — 370		
			bb) Entgeltfortzahlung — 370		
	5.		gfall/Verringerung des Anspruchs bei Verschulden des		
		Arb	peitnehmers —— 371		

		6.	a)	rschuss auf Rente —— 371 Regelung des TV-V —— 371 Regelungsinhalt —— 372				
				 aa) Versehentliche Überzahlung durch den Arbeitgeber — 372 bb) Unterlassene bzw. verzögerte Mitteilung durch den Arbeitnehmer — 372 				
	IV.	Aus	swirl	kungen auf die Sonderzahlung nach § 16 TV-V —— 373				
		1.		geltfortzahlung i.S.d. § 16 Abs. 1 S. 4 TV-V — 373				
		2.		ernzeit (ohne Entgeltanspruch) — 374				
ĸ.	Urlaubsregelungen und Arbeitsbefreiung — 375							
	ı.			tehung des Urlaubsanspruchs — 376				
	II.			spruch auf Erholungsurlaub — 377				
		1.		rechnung der Urlaubsdauer —— 377				
				Regelfall — 377				
			b)	Abweichende Verteilung der wöchentlichen Arbeitszeit — 377				
			c)	Wechsel von Vollzeit- in Teiltätigkeit — 378				
			d)	Umgang mit Bruchteilen — 378				
			e)	Unterjähriger Beginn/unterjährige Beendigung des Arbeits-				
				verhältnisses — 379				
				aa) Beginn vor dem 1.7. und ab dem 1.7. — 379				
				bb) Unterjährige Beendigung des Arbeitsverhältnisses vor und				
				nach Erfüllung der Wartezeit — 380				
		2.	0 111 111011, 1 0 1 1 1 1 1 1 1 1					
		3.						
		4.	Ver	fall des Urlaubs bei Dauererkrankung —— 383				
			a)	Ausschluss von Erholungsurlaub bei krankheitsbedingter				
				Arbeitsunfähigkeit nach deutschem Recht — 383				
			b)	Ausschluss von Erholungsurlaub bei krankheitsbedingter				
				Arbeitsunfähigkeit nach europäischem Recht — 384				
				Untergang des Urlaubsanspruchs trotz Arbeitsunfähigkeit — 385				
			,	Verfall des tariflichen Mehrurlaubs — 386				
				Urlaubsabgeltung — 387				
			esteht ein Anspruch auf Zusatzurlaub? —— 388					
	IV.	Wann muss Sonderurlaub gewährt werden? —— 389						
		1.		spruchsvoraussetzungen — 389				
		2.		spruchsinhalt —— 390				
		3.		chtiger Grund —— 390				
		4.		chtsfolgen der Gewährung von Sonderurlaub — 391				
			a)	Ruhen der Hauptpflichten — 391				
			b)	Betriebszugehörigkeit — 391				
			c)	Regelung in Ergänzungsvereinbarungen — 392				
			d)	Sonderzahlung nach § 16 TV-V — 392				

			f)	Belehrung und Bestätigung — 393				
	٧.	Arbeitsbefreiung — 393						
		1.	Ver	drängung von § 616 BGB — 393				
		2.	Tariflich geregelte Fälle — 393					
			a)	Tagungen von Gewerkschaftsvertretern — 393				
			b)	Tarifverhandlungen — 394				
			c)	Beteiligung an Prüfungs- und Berufsbildungsausschüssen/				
				Tätigkeit in Organen von Sozialversicherungsträgern — 394				
		3.		nstige Fälle – Erfordernis einer Betriebs- oder Dienstverein-				
				rung — 395				
L.		endigung von Arbeitsverhältnissen – Welche Vorgaben des TV-V beachtet						
	wer			ssen — 395				
	I. II.	Möglichkeiten zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses — 395						
		Welche Vorgaben macht der TV-V? —— 396						
		1.						
		2.		eitsvertragliche Befristung und Bedingung — 396				
		3.		endigung aufgrund Alters — 396				
			a)	•				
				Wirksame Befristung — 396				
			c)	Keine verbotene Altersdiskriminierung — 398				
				aa) Zeitlicher Anwendungsbereich — 398				
				bb) Unmittelbare Altersdiskriminierung — 398				
				cc) Rechtfertigung der Diskriminierung — 399				
				dd) Kein Verstoß gegen Art. 3 GG — 401				
			Dar	ee) Kein Verstoß gegen § 41 SGB VI — 401				
		4.	Beendigung bei Erwerbsminderung —— 401 a) Volle Erwerbsminderung —— 402					
			a)	_				
				aa) Sachliche Rechtfertigung — 402bb) Kein Zustimmungserfordernis bei Schwer-				
				behinderung — 403				
				cc) Unverzügliche Unterrichtung des Arbeitgebers und				
				Auswirkung auf den Beendigungszeitpunkt — 403				
			b)	Teilweise Erwerbsminderung — 404				
			D)	aa) Schutzzweck der Regelung — 404				
				bb) Erfordernis einer unbefristeten Rente —— 405				
				cc) Prüfungspflicht bezüglich geeigneten freien Arbeits-				
				plätzen — 405				
				dd) Schriftlicher Antrag des Arbeitnehmers — 406				
				ee) Besonderheiten bei schwerbehinderten Arbeit-				
				nehmern —— 407				
				ff) Gerichtliche Geltendmachung — 408				
				-				

e) Auswirkungen auf den Erholungsurlaubsanspruch — 392

5. Kündigung von Arbeitsverhältnissen — 408 a) Kündigung befristeter Arbeitsverhältnisse — 408 b) Tarifliche Kündigungsfristen — 408 aa) (Teilweise) Nachteilig abweichende Kündigungsfrist — 408 bb) Für den Arbeitnehmer vorteilhafte Regelungen — 409 c) Rationalisierungsschutz — 409 Kapitel 4 Arbeits- und Sozialrecht in der Ausschließlichen Wirtschaftszone A. Die Ausschließliche Wirtschaftszone nach Art. 55 ff. SRÜ und ihr Rechtsregime —— 412 Die AWZ — 412 II. Rechtsgeltung in der AWZ — 413 Keine Geltung öffentlich-rechtlicher Bestimmungen ohne expliziten Anwendungsbefehl — 414 2. Differenzierung zwischen Seeleuten als Besatzungsmitgliedern und "gewöhnlichen" Arbeitnehmern — 415 aa) Differenzierung zwischen Besatzungsmitgliedern und "Offshore"-Tätigen —— **415** bb) Umgang mit schwierig zuzuordnenden Fällen — 416 B. Geltung arbeitsrechtlicher Gesetze in der AWZ — 418 I. Geltung des Arbeitszeitrechts in der AWZ — 418 Änderungen des ArbZG — 418 Die "Offshore-Arbeitszeitverordnung" (Offshore-ArbZV) — 419 a) Zielsetzung — 419 b) Hintergrund — 420 c) Geltungsbereich — 421 aa) Sachlicher Anwendungsbereich — 421 bb) Persönlicher Anwendungsbereich — 422 cc) Räumlicher Anwendungsbereich — 422 d) Verlängerung der Arbeitszeit — 423 aa) Besonderheiten bei Transportzeiten — 424 bb) Gestaltungsschranken — 425 cc) Befugnisse der Aufsichtsbehörden — 426 e) Ruhepausen, Sonn- und Feiertagsarbeit — 426 f) Nachweispflichten des Arbeitgebers — 426 g) Weitere Arbeitsschutzmaßnahmen — 427 h) Evaluation und Praxistauglichkeit — 427 3. Schlussfolgerungen für die Geltung arbeitsrechtlicher Vorgaben in der AWZ --- 428

II.	Arb	beitsschutzrecht —— 428			
	1.	Arbeitsschutzgesetz — 428			
		a) Behördliche Überwachung — 429			
		b) Zuständige Behörden — 429			
	2.	$Arbeits schutzrechtliche Vorgaben \ im \ Genehmigungsverfahren$			
		a) Genehmigungsfähigkeit —— 430			
		b) Verpflichtung zur Seeraumbeobachtung — 430			
		c) Erforderliche Maßnahmen bei einer Kollisionsgefahr —— 431			
III.	tung des Betriebsverfassungsgesetzes – Bestehen die Mitbestimmungs-				
	rec	chte des Betriebsrates? —— 431			
	1.	Fehlen einer ausdrücklichen Geltungsanordnung — 431			
	2.	Differenzierung nach der Gestaltung der Einsatzbedingungen — 432			
		a) Dauerhafter Einsatz in der AWZ —— 432			
		aa) Anwendbarkeit aufgrund des Internationalen Privat-			
		rechts? —— 432			
		bb) Anwendbarkeit kraft Ausstrahlungswirkung des			
		BetrVG? —— 432			
		cc) Anwendung auf eine Beschäftigung in der AWZ —— 435			
		b) Vorübergehender Einsatz in der AWZ —— 437			
IV.	An۱	Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes —— 438			
	1.	Anwendbarkeit des KSchG in der AWZ? —— 438			
		a) Keine normative Anwendbarkeit des KSchG —— 438			
		b) Keine analoge Anwendung des KSchG —— 439			
	2.	Hinweise zur Gestaltung von Betriebsstrukturen — 440			
	3.	Auswirkungen einer expliziten Rechtswahl —— 440			
٧.	Ge	tung des Sozialversicherungsrechts? —— 441			
	1.	Entscheidung des EuGH in der Sache Salemnik —— 441			
	2.	Konsequenzen für die Rechtslage in der deutschen AWZ — 442			
	3.	Ausstrahlung des SGB bei einer Beschäftigung in der AWZ —— 443			

Stichwortverzeichnis — 445